

# Deutscher Werkerebund

Erscheint wöchentlich  
Bezugspreis: Vierteljährlich  
3 Reichsmark / Die Einzel-  
nummer —,30 Reichsmark

Zentralorgan für die Interessen  
der in privaten und öffentlichen Betrieben des Handels-, Transport-  
und Verkehrsgewerbes beschäftigten Lohn- und Gehaltsempfänger

Redaktion u. Exped. Berlin SW 15  
Michaelstr. 1. Tel.: Moritzpl.  
950, 11804. / Redaktionschluss  
8 Tage vor Erscheinen des Blattes

Nummer 3

Berlin, den 16. Januar 1926

4. Jahrgang

## Kollegen, vergeßt eure ertverbslosen Leidensgenossen

### Nachlese 1925.

Werden Lohnverhältnisse durchgesetzt oder andere Forderungen von den Arbeitern gestellt, die das Werk nicht tragen kann, so muß es rückgeleitet werden, damit den Arbeitern ihre wirtschaftliche Verantwortung zum Bewußtsein kommt.

Berliner Börsenzeitung.

Wenn uns die Mamonisten so ein Jahr lang nach allen Regeln ihrer höllischen Kunst geschöpft haben, machen sie eine Bilanz. In einem sogenannten Jahresbericht bemessen sie uns, daß die Schöpfköpfe und Blutegel ihre Pflicht nicht voll getan haben, und sie legen uns dann, wie sie es im nächsten Jahr „besser“ machen wollen.

Solche Jahresberichte sind heuer nichts für temperamentvolle oder gar choleriche Arbeiter. Man muß schon sehr abgebrüht sein, um nicht ob der Lügen und Verleumdungen aus der Haut zu fahren und sie den schändlichen Bluffagern und ihren moralischen Lotteribuben um die Ohren zu schlagen. Aber die equilibristische Kraftanstrengung lohnt nicht. Wer vom Teufel Mamonismus befallen ist, dem ist weder durch Gebet noch durch Prügel zu helfen. Er muß in seiner Eier langsam zu Tode schmoren — Worgenuß seiner Hüllenfreunden.

Nicht alle Berichte sind wie die gefennzeichneten, aber alle Berichte suchen Abhilfe der traurigen Zustände durch den Opfermut der — anderen. Wenn man einen Handelskammerbericht liest, so besteht der Aktienposten aus dem verflohenen Jahr in Aktionen gegen die Sozialpolitik, gegen die Lohn- und Arbeitszeitpolitik der Gewerkschaften. Im übrigen glauben sie den Stein des Weisen entdeckt zu haben, wenn sie seit 1919 immer wieder den Zusammenbruch der sozialistischen Wirtschaftspolitik hinausposaunen und uns den Himmel auf Erden versprechen, sobald wir erst einmal wieder die regelrechte kapitalistische Profitwirtschaft haben. Das heißt mit anderen Worten: Was ihr Proletariat 1925 erlebt habt, war nur ein Tropfen Regenwasser, wehe euch, wenn wir erst den ungesesselten Willen unserer kapitalistischen Höllenhunde auf euch loslassen können. Heute hat das trotz aller Lutheraner noch immer einige Gefahren, da die Krise zwar tauende Arbeiter ermüdet, aber die wirtschaftlichen und politischen Organisationen nicht wie 1923 erschlittern kann.

Der Heißhunger der Arbeiterfeinde nach mühelosem Profit geht so weit, daß z. B. „der Neujahrswunschzettel der deutschen Textilwirtschaft“ (!) an Reichstagskanzler und Reichsregierung die Beseitigung von sozialpolitischen Maßnahmen verlangt, die nur in der Phantasie des „Konfessionärs“ bestehen. Das ist die Sonderheit dieser Unternehmerforderung, die im übrigen nach Gummistempelschema allerlei steuerliche Vergünstigung, in Wahrheit die Steuerfreiheit, der Unternehmer fordert. Wir halten es für ausreichend, daran zu erinnern, daß die Unternehmer bis zum Zusammenbruch im Herbst 1923 überhaupt keine nennenswerten Steuern zahlten (vergl. Dames-Gutachten) und dann in entwerteter Papiermark. Selbst die Steuerhuld wertbeständig bleibt, ist sie vielen Unternehmern gestundet und teilweise erlassen worden. Um so notwendiger ist der Schrei. Doch der sozialpolitische „Neujahrswunsch“ der „Textilwirtschaft“: „Herr Reichsarbeitsminister, Herr Reichsinnenminister (das ist der Mann mit der Polizeigewalt! Red. W.), Erwerbslosen- und Kurzarbeiterunterstützung sind mäßig abzubauen.“ Die Kurzarbeiter werden sich wundern, wir empfehlen ihnen, beim „Konfessionär“ anzufragen, wo sie sich ihre (abzubauende!) „Unterstützung“ abholen können. Begründet wird die Abauforderung mit der starken „Belastung“, außerdem könnten die Erwerbslosen sowieso nicht wieder untergebracht werden. Na, und wenn überhaupt keine Arbeit für sie vorhanden ist, können sie auch nicht als erwerbslos gelten, und da sie nicht erwerbslos sind, haben sie kein Recht auf die Erwerbslosenfürsorge; sie mögen „sieben“!

Geteiltes Leid ist halbes Leid, sagen die Wunschzettel-schreiber, und deshalb wünschen sie, daß es noch viel mehr Arbeitslose gibt: „Befürworten Sie“, heißt es, „eine Freigabe der Arbeitsbedingungen, mindestens für eine mehrjährige Uebergangszeit. Und geben Sie im Arbeitszeitgesetz ausreichende Freiheit für wirtschaftsnotwendige Ueberstellungen.“ Und mit diesem barbarischen Verknappungsprogramm will der „Neujahrswunsch“ „unserer künftigen Generation einen gesunden Geist“ geben. Damit kein Zweifel bleibt, was die Textil-„Wirtschaft“ unter diesem Geist versteht, verkünden die Deutschen das Einverständnis des Groß- und Kleinhandels mit der von uns schon besprochenen „Denkschrift“ der Industriebarone.

### nicht

### in leichtfertigem Eigennutz!

Wo immer sich Gelegenheit und Möglichkeit bietet, für sie einzutreten, da macht Hand und Mund für sie auf.

Jede offene Stelle muß sofort gemeldet werden. Sorgt dafür, daß nur ertverbslose Bundeskollegen in Arbeit genommen werden.

Der Nichtorganisierte findet ja Platz an den Freitischen, die die Unternehmer für die Gewerkschaftsfeinde einrichten wollen.

### Erterbslose Kollegen, haltet der Organisation die Treue.

Der Neujahrswunsch der Leute, die von der Textilwirtschaft leben, sagt nichts anderes, als daß sie den Keil, der 1925 die deutsche Wirtschaft noch nicht ganz sprengte, 1926 tiefer hineintreiben wollen. . . . .

Es gibt auch Leute, die wirtschaftliche Jahresberichte aus eigenem Handgelenk machen. Dazu gehört der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Dr. Hugo, wenn wir nicht irren, irgendwo und irgendwo mit einer Handelskammer verschwägert. Auch er spricht von „sozialen und sozialistischen Grundfragen“, die wir uns angelehnt aufzulegen, „ohne uns darüber Rechenschaft zu geben, ob es möglich ist, daß die Produktion diese Lasten tragen kann“. Was solche Leute nicht alles erfinden. Im Jahre 1925 wurde „Katastrophenpolitik“ getrieben — aber keine soziale oder sozialistische, sondern volksparteilich-deutschnationale, Herr Dr. Hugo. Er sieht schon den Staat zusammensinken, „durch die Unfähigkeit, die Beamtengehälter zu zahlen und damit (!) die öffentlichen Funktionen aufrechtzuerhalten“. Herr Hugo hat das natürlich „schon immer gesagt“ und sei deshalb als „reaktionär“ vertrieben. Und er meint es doch so gut — wenigstens mit seinen Klassengenossen.

Vielleicht ist es nicht ohne Verdienst, einmal darauf zu verweisen, daß in der Tat eine reaktionäre Absicht dahinter steckt, unsere traurige Wirtschaftslage noch trauriger als traurig zu schildern. Es geht diesen berufsmäßigen Schwarzsehern darum, recht viele Leser zu verwirren und mühsal zu machen. Sie sollen das nachdrückende Gesagte im Streit der Wirtschaftsführer um die Steuerbereiung, um Beseitigung der Sozialpolitik, gegen auskömmliche Löhne und eine menschliche Arbeitszeit bilden. Auch Herr Hugo muß einmal die Wüste des getreuen Ersehens lüften, und dann haben wir den rechtslosen Verfechter kapitalistischer Interessenpolitik in Reinkultur vor uns:

„Nicht der üble Wille, nicht der Eigennutz der Menschen hat diese hohen Preise geschaffen, hat die Wirtschaft gelähmt und sie mit der Unterbilanz von 5 Milliarden Goldmark (sie betrug in den ersten elf Monaten 3,69 Milliarden. Red. „B.“) in der Ausfuhr verschuldet, sondern die Ursache ist die gemaltige Häufung der Geschäftskosten auf die Produktion.“ Ueber den Außenhandel ließe sich in Verbindung mit den Auslandskrediten wohl etwas sagen. Heute tut dies: Je mehr Geld umfließt, desto höher die Preise; je höher die Preise, desto geringer die Ausfuhr, desto höher die Einfuhr. Die Kredite kamen aber nicht nur als Geld, sondern auch als Ware herein und verschlechterten die Abnahmefähigkeit deutscher Ware. Der Zwang, durch das Wehrangebot deutsche Ware billig loszuschlagen, wurde aufgehoben durch die Kredite, die der Warenbesitzer in kürzlicher Fristigkeit dazu verwendet, mit seinen Lägern durchzuhaken.“ Auf Geschäftskosten wird alles gebucht: die überflüssigen Direktoren wie das Luxusweibchen, die Automobile wie Vergnügungs-„Geschäfts“reisen, die Beiträge für die Ministerbürokraten wie für die „nationale Arbeiterbewegung“ und so fort, zum Ausgehen.

Für 1926 verlangt Hugo, den „Grundsatz zu verlassen, daß der Staat für alle zu sorgen hat“ — ob er damit die

kapitalistischen Kostgänger des Staates meint? — und stellt dafür den „Grundsatz“ auf, „daß jeder einzelne (natürlich auch die Arbeitslosen! Red.) im Volke die höchste Energie und die höchste Kraftentfaltung aufzubringen hat, um für den Staat und das Ganze das meiste zu leisten“.

Und dann appelliert der süße Hugo selbstverständlich nicht an die „Wirtschaft“, sondern an das Volk. Das Volk hat zu sorgen für die „Wiederherstellung der Rentabilität der deutschen Wirtschaft“ (lies: für die Profite der Kapitalisten), für „die Neubildung von Kapital“. Das „Volk“ muß von der unsinnigen Forderung absehen, daß „es besser verlorzt wird als vor dem Kriege“. Damals ging es uns ohne gentale Tarife besser. Jedoch „die Errungenschaften der Revolution spuken in den Köpfen der Menschen“, sie „wirken sich aber unsozial aus“ — nämlich für die Hugoneten. „Deshalb steht an der Jahreswende 1925/26 als erstes Menetekel, aber auch als der letzte (siehe!) Bedarf die Mahnung: Die Bahn frei für ein ungehemmtes Arbeiten und Schaffen des ganzen (nanu?) deutschen Volkes zu seiner eigenen Rettung!“

Die göttliche Hedwig ist von Hugo übermaßert. Wie ernst die Lage ist, weiß jeder Erterbslose und jeder noch in Arbeit stehende Kollege besser als der Interessenten-Doktor, der als Judas Morat predigen will. Wir bleiben bei unserer Behauptung, daß der Privatkapitalist nur dann ein kluger Mann ist, wenn alles seinen glatten Gang geht. 1925 aber hat er bewiesen, daß er ein dummer Hund ist und daneben ein schlechter Mensch, wenn der Sturm einen Baum auf den Weg legt. In Wahrheit hat sich der Kapitalismus 1925 kein Urteil gesprochen. Er kann die Menschheit nicht einmal vor der primitivsten Not, vor dem baren Hunger bewahren. Die Angst macht die Kapitalisten tollwütig und, um sich zu retten, trampeln sie auf die Opfer und versuchen, sie immer tiefer ins Elend zu bringen.

Wer diese Opfer retten will, wer nicht selbst zum Opfer fallen will, dem bleibt keine andere Wahl, als mit seinen Arbeitskollegen alles daranzusetzen, den tollwütigen Hund zu bändigen. Organisiert euch, dann legen wir unserem Erbsend den Maulkorb an und geben ihm zu rechter Stunde die seltene Blausäurepritze.

Hinein in den Deutschen Werkerbund!

### Die Horthy-Regierung gegen die Gewerkschaften.

Nationalversammlung und Regierung, die der infolge Teuerung, Arbeitslosigkeit und mangelnder Sozialpolitik verursachten tröstlichen Verelendung der Arbeiter vollkommen stumpf gegenüberstehen, begünstigen geradezu das Kesseltreiben gegen die Gewerkschaften, anfast, wie dies heute schon in ganz Europa geschieht (? Red.), deren kulturelle Bestrebungen zu untergraben und zu fördern. Das zu hoffen, ist bei uns eine Unmöglichkeit, wo reaktionärer, mittelalterlicher Geist über fortgeschrittlichen Bewegung den Fehdehandschuh hinwirft. Die Gewerkschaften sind heute überall als wirtschaftliche Faktoren und kulturelle Institutionen anerkannt, nur eben bei uns nicht, wo einzelne Ministerien planmäßige Maßregelungen der Arbeiterorganisationen als eine ihrer Hauptaufgaben erachten. Selbst ausgeproben kanakische Aufgaben-erfüllende Gewerkschaften werden gepocht und verfolgt. Die Gewerkschaften stehen in ständigem Kampf um die zu erleichtern und zu verbessernden Lebensbedingungen der Arbeiterschaft. Sie kämpfen im Interesse der Arbeiterschaft für die staatsrechtlich vollkommen vernachlässigte Hebung ihres geistigen Niveaus. Oder großt man uns gerade deshalb, weil wir die Arbeiterschaft aus dem Schlamme der Unwissenheit herausziehen, sie zu sozialen Menschen erziehen wollen? Wohl möglich, da ja die Volksmassen dann für die niederen reaktionären Zwecke nicht mehr mißbraucht werden könnten. Die Gewerkschaften sind die einzige Einrichtung in diesem Lande, die sich sozialpolitisch betätigt und, die schweren staatlichen Unterlassungssünden wettmachend, die Arbeitslosen, die Invaliden und die Witwen unterstützt. Nach den Ermittlungen des Gewerkschaftsrats haben die Gewerkschaften in den ersten zehn Monaten dieses Jahres Unterstützungsgelder in Höhe von 9 Milliarden Kronen ausgezahlt, obwohl es Aufgabe der Nationalversammlung bzw. der Regierung wäre, durch Sozialpolitik das Los der Arbeitenden zu erleichtern, wie das in Europa heute schon überall der Fall ist. Die Regierung hätte für Arbeitsmöglichkeiten sowie mittels Volkswohlfahrtseinrichtungen für Hebung der Volkshygiene usw. zu sorgen. Die ausländischen Staaten arbeiten für das Wohl





